

Pressemitteilung
Nr. 156/2022
Kiel, 10.11.2022

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Nicht prüfen - machen!

Zur heutigen Debatte im Bildungsausschuss über die Erkenntnisse aus dem Bildungstrend 2021 des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der SSW-Fraktion, Jette Waldinger-Thiering:

Der IQB-Bildungstrend hat Schleswig-Holstein ein verheerendes Zeugnis ausgestellt. Die Ergebnisse sind in fast allen Bereichen rückläufig.

Beide Ministerinnen stellten fest, dass besonders dort gehandelt werden muss, wo die soziale Schere weit auseinander geht. Das frühkindliche Alter und die Primarstufe seien von besonderer Bedeutung, so die Ministerinnen im heutigen Bildungsausschuss. Wir sprechen also explizit über Kita und Grundschule. Denn Defizite kumulieren sich. Einem solchen Effekt muss man möglichst früh begegnen.

Vor allem der Übergang von der Kita in die Schule stellt aus meiner Sicht eine effektive Stellschraube dar. Nur leider fehlt es da, ähnlich wie bei den Schuleingangsuntersuchungen, nach wie vor an transparenten Zahlen und wirksamen Handhabungen.

Denn obwohl die Kooperation zwischen Schulen und Kindertageseinrichtungen im Schulgesetz geregelt und im neuen Kindertagesförderungsgesetz die Zusammenarbeit im Übergang Kindertageseinrichtung/Grundschule geregelt wird, kann die Landesregierung keine Zahlen zur tatsächlichen Umsetzung vorlegen. Die Regierung weiß nicht, welche Kindertagesstätten und Grundschulen bisher

Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen haben.

Und das, obwohl in der Zusammenarbeit von Kita und Schule der Grundstein für die Verbesserung von Bildungsgerechtigkeit liegt. Ich erwarte hier echte Handlungen der Landesregierung!

Noch höre ich ständig, was alles geprüft werden sollte und welche Gutachten es dafür brauche. Hätte die Amtsübernahme gerade erst stattgefunden, ginge das ja noch als Ausdruck von Enthusiasmus durch. Tatsächlich ist es aber mehr als fünf Jahre her, dass die CDU Anspruch auf das Bildungsressort erhoben hat. Ich kann seitdem leider keine großen Verbesserungen feststellen.

Natürlich spielen die Corona-Einschränkungen und die hohe Zahl Geflüchteter als Trendbeschleuniger in die aktuelle Erhebung mit ein. Doch wie für alle Herausforderungen gilt: Da kann man sich eben nicht herausprüfen. Da muss man sich heraushandeln.

Das bedeutet den Ausbau des PIA-Modells (pädagogisch-integrierte Ausbildung) und verbesserte sonderpädagogische Förderung durch heilpädagogische Konzepte an den Kitas und bessere Arbeitssituationen für Grundschullehrkräfte, vermehrte Fortbildung und die Stärkung der multiprofessionellen Teams an den Schulen.